

## **Frage Nr. 1129 Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zum Thema „Die ÖSHZ schlagen Alarm“**

Der BRF berichtete am 21.09.2022<sup>1</sup>, dass die Kapazitäten der ÖSHZ für die Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen erschöpft seien: es fehle vor allem an Personal und Wohnungen. Raerens ÖSHZ-Präsident Ferdy Leusch fordere einen Aufnahmestopp für Flüchtlinge aus der Ukraine, da die DG-Gemeinden bereits überdurchschnittlich viele Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen hätten. Mein Kollege Colin Krafft befragte Sie in der letzten Plenarsitzung dazu.

Natürlich sind die ÖSHZ überlastet, denn man darf die bereits bestehenden Sozialhilfeempfänger nicht vergessen. Das GrenzEcho berichtete Mitte September, dass die Zahl der Sozialhilfeempfänger in der DG von 2008 bis 2020 von 709 auf 1.033 Menschen monatlich gestiegen sei – Tendenz weiter steigend.<sup>2</sup>

Wir werden dazu zu einem späteren Zeitpunkt eine SF einreichen.

Auch Le Soir titelt am 22.09.2022: "Wallonische ÖSHZ schlagen Alarm: "Unsere Beschäftigten sind am Ende".<sup>3</sup>

In Wallonien ist die Zahl der Personen, die das Einkommen zur sozialen Integration beziehen, zwischen 2010 und 2020 um 63,8% gestiegen, bei den unter 25 jährigen sogar um 71,8%. Unter den Letzteren explodierte die Zahl der Studenten, die Hilfe von ihrem ÖSHZ beantragen: ein Anstieg um 95,3 %, im selben Zeitraum.

Dass die ukrainischen Flüchtlinge dringend auf den Arbeitsmarkt integriert werden müssen um unsere ÖSHZ zu entlasten, liegt klar auf der Hand. Dazu stellte ich bereits eine MF in der letzten Kontrollsitzung an Frau Ministerin Weykmans. Fragen, die in diesem Hause nicht gerne gehört werden.

Nun kommt aber ein Hilfeschrei der hiesigen ÖSHZ und es wird Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen. Wobei selbst das in Arbeit bringen nicht alle Probleme lösen wird, denn der Personalmangel und die Energiekrise bleiben weiter bestehen.

Sie haben bereits in der Plenarsitzung vom 26.09.2022 zu diesem Thema Stellung bezogen, als Sie auf die aktuelle mündliche Frage zum Thema "Empfehlung eines Aufnahme-stopps von Flüchtlingen aus der Ukraine seitens der ostbelgischen ÖSHZ" von der CSP-Fraktion antworteten. Sie blieben mit den Aussagen in Ihrer Antwort allerdings sehr vage und gaben keine konkreten Lösungsansätze für die personelle Überforderung der ÖSHZ sowie für den mangelnden sozialen Wohnraum.

Die Vivant-Fraktion stellt – wieder einmal – fest, dass die DG-Regierung an ihre Grenzen stößt, denn hier ist es eben nicht damit getan, Geld zu verteilen.

Daher lauten unsere Fragen

1. Haben zwischenzeitlich Gespräche mit den hiesigen ÖSHZ stattgefunden um Ansätze zur Problembewältigung in Bezug auf den Personalmangel und den Mangel an sozialem Wohnraum zu finden?

---

<sup>1</sup> <https://brf.be/regional/1645441/>;

<sup>2</sup> <https://www.grenzecho.net/79233/artikel/2022-09-13/helfen-wo-hilfe-dringend-benotigt-wird>;

<sup>3</sup> <https://www.lesoir.be/467038/article/2022-09-22/les-cpas-wallons-tirent-la-sonnettedalarme-nos-travailleurs-sont-aubout-du>.

2. Die ÖSHZ haben ebenfalls Interesse daran, die Flüchtlinge in den hiesigen Arbeitsmarkt zu integrieren. Welche Sensibilisierungsmaßnahmen bzw. Maßnahmen werden getroffen?
3. Gibt es einen Verteilerschlüssel pro Gemeinde für geflüchtete Menschen aus der Ukraine? (Worriken ausgenommen)

### **Antwort des Ministers:**

Mit den ÖSHZ findet drei Mal im Jahr eine Konzertierung statt.

Der Austausch mit den Einrichtungen ermöglicht auch eine bessere Vernetzung untereinander in Fragen, die meist alle ÖSHZ betreffen.

Über besondere Herausforderungen wird regelmäßig gesprochen.

Das war bei Corona der Fall, genauso wie bei der Flutkatastrophe, den steigenden Energiepreisen und eben auch über das Thema der Aufnahme und der Begleitung der geflüchteten Menschen aus der Ukraine wird noch immer regelmäßig gesprochen.

Die letzte Konzertierung fand am 20. September statt.

Dabei fand unter anderem ein Austausch über die aktuelle Situation im Umgang mit den geflüchteten Menschen statt.

Es wurde festgehalten, dass man sich gesondert zu dieser Frage erneut trifft.

Was den Umgang mit fehlendem Personal angeht, so ist das an sich keine neue Thematik.

Die ÖSHZ konkurrieren mit anderen Einrichtungen um die vorhandenen Sozialarbeiter in Ostbelgien.

Die Regierung unterstützt die Suche nach Fachpersonal, wo sie nur kann.

Wir erkennen zum Beispiel gewisse Sozialarbeiter-Diplome aus dem Ausland an, um Abhilfe zu schaffen.

Allerdings kennen sich die Studienabgänger ausländischer Universitäten nicht in der belgischen Sozialgesetzgebung aus.

Das macht die Arbeit in einem ÖSHZ schwierig.

Dazu möchte die Regierung ein Studium in der DG auf den Weg bringen.

Hierzu verweise ich zum Beispiel auf das Bachelorstudium Soziale Arbeit, an dem meine Kollegin Lydia Klinkenberg arbeitet.

Das Netzwerk Süd hat seit Kurzem ein Projekt mit dem Titel „Soziale Arbeit – mehr als du denkst“ gestartet.

Darüber hinaus wollen sie mit dem Fachkräftebündnis der Regierung zusammenarbeiten, um das Problem noch weiter zu bekämpfen.

Das sind aber alles Maßnahmen, die mittel- und langfristig greifen können.

Letztendlich sind die Auflagen an den ÖSHZ problematisch und darauf haben wir keinen Einfluss.

Wichtig wäre es in der Frage des Fachkräftemangels und des Arbeitsaufwandes mehr Synergien untereinander zu suchen und gegebenenfalls gemeinsame Dienste zu gründen.

Damit spreche ich keine Fusionen an, sondern Cluster im Back-Office-Bereich.

Nicht alles muss 9 Mal von 9 ÖSHZ gemacht werden.

Nicht jedes Berufsprofil sollte 9 Mal gesucht, um dann 9 Mal besetzt zu werden.

Was die Wohnungssituation in der Deutschsprachigen Gemeinschaft angeht, kann ich nur nochmals auf mehr Mittel für die Sozialen Immobilienagenturen hinweisen.

Wir haben außerdem Mittel für eine Werbekampagne zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus haben wir für den öffentlich geförderten Wohnungsbau 67 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

2 Drittel dieses Budgets dient der Sanierung des vorhandenen Wohnraums und 1 Drittel zum Bau von neuen Wohnungen.

Es obliegt den Gemeinden zu sagen, wo neuer Wohnraum entstehen soll.

Die Regierung und auch die Wohnungsbaugesellschaft ist fragende Partei in dieser Angelegenheit.

Was die Integration in den hiesigen Arbeitsmarkt angeht, so gibt es mehrere Vermittlungs-dienste.

Hier ist das Arbeitsamt aktiv, aber auch die ÖSHZ selbst.

Es finden die üblichen Maßnahmen statt für ein Publikum mit gewissen Vermittlungshemmnissen.

Wir dürfen aber nicht vergessen, dass über 80% der Geflüchteten Frauen und Kinder sind.

Hier wurden zusätzlich Sprachkurse, Ausbildungs- und Kinderbetreuungsinitiativen der Regierung geschaffen.

Was die Verteilung der Geflüchteten pro Gemeinde angeht, erinnere ich erneut an meine Antwort auf die Frage von Herrn Kraft.

Es kann keinen Verteilungsschlüssel geben, weil die Menschen sich frei bewegen können.

Wenn die ÖSHZ untereinander eine Verteilung vornehmen möchten, dann müssen sie das mit dem Einverständnis der Betroffenen tun.

Die einzigen Menschen, die geografisch zunächst gebunden sind, sind die Bewohnerinnen und Bewohner des Empfangszentrums Worriken.